

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Verlagspreis: Die 4 Spalten-Wochezeitung über deren Raum 0,20 RM., außerhalb 1,00 RM.
Einzelnummer 25 Pf. Durch den Brief 1,40 RM., für die Woche, 6.—RM. für den Monat.
Durch die Post: 0,10 RM. für den Monat.

Postfach Nr. 22885
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Verlagspreis: Die 4 Spalten-Wochezeitung über deren Raum 0,20 RM., außerhalb 1,00 RM.
Einzelnummer 25 Pf. Durch den Brief 1,40 RM., für die Woche, 6.—RM. für den Monat.
Durch die Post: 0,10 RM. für den Monat.

Vor dem Beamtenstreik?

Abstimmung über den Streik.

Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter hat beschlossen, in Gemeinschaft mit dem Deutschen Beamtenbund eine Abstimmung unter den Mitgliedern beider Organisationen vorzunehmen, die ergeben soll, ob die organisierte deutsche Beamenschaft zur Erlangung ihrer Lebensnotwendigkeiten das letzte gewerkschaftliche Mittel anzuwenden willens sei.

Die Eisenbahner für die Aktion.

Eine überfüllte Versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Berlin hat folgende von unseren Genossen eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute in Aliens Festfäden zahlreich versammelten Eisenbahner fordern den Hauptvorstand auf, mit aller Energie und Schärfe für sofortige Aufhebung ihres Eintrags bis zur Höhe ihres Existenzminimums einzutreten und den Kampf rückwärts, mit allen Mitteln, auch mit dem letzten Geldes mit dem Streik zu führen. Geschlossen verpflichten wir uns, in den Streik auch bei eventuellem Streikverbot der Regierung zu treten, wenn der Hauptvorstand uns ruft, und auf Streikunterstützung zu verzichten.“

Die zweite Resolution lautet:

„Bezüglich der vom Reichsverkehrsminister Gröner in Aussicht gestellten Entlassung von 100 000 Eisenbahnern erklären die heute in Aliens Festfäden zahlreich versammelten Eisenbahner, dieses mit allen Mitteln auf keinen Fall zuzulassen, als noch ein einziger Arbeitsloser auf der Straße liegt. Den Hauptvorstand fordern wir auf, diesen Beschluß zu beachten und vorkommenden Falls in die Tat umzusetzen.“

Die Beamten werden den Kampf aufnehmen müssen. Kann sie es nicht, so wird das fortschreitende Elend sie schließlich dazu zwingen. Die Notlage wächst. Zusammenstoß zum Kampf, zum gemeinsamen Kampf mit den allenfalls sich regenden Arbeitern ist nötig. Für die Existenzmöglichkeit, gegen Knebelung durch das Streikverbot den Streik!

Der Antrag der Vereinigten Kommunistischen Partei.

Die Fraktion der Vereinigten Kommunistischen Partei hat im Reichstag folgenden Antrag zur Frage der Beamtenbesoldung eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. die Reichsregierung zu ersuchen, sofort mit den Beamten-, Arbeiter- und Angestelltenorganisationen eine Neuregelung der Besoldung aller Reichsbeamten einschließlich der Diätäre unter Zugrundelegung des jeweiligen Existenzminimums bis zum 15. Januar 1921 durchzuführen.

Bis zur Regelung der Besoldung nach den Grundsätzen des Existenzminimums beträgt das Mindesteinkommen der Reichsbeamten einschließlich der Kinderzulagen 1650 RM.

2. das vom Reichsverkehrsminister Gröner gegen die Beamten und Diätäre der Reichspost erlassene Streikverbot stellt eine Verletzung der Reichsverfassung dar und ist sofort aufzuheben.

Breslau, den 9. Dez. 1920.

Koenen und Fraktion.

Frau Z. Liu.

Der Antrag gegen das Streikverbot der Beamten wurde in der Donnerstags-Sitzung des Reichstages gegen die äußerste Linke abgelehnt.

Der Streik der sächsischen Bergarbeiter.

Der Streik im Zwickauer und Lugau-Deilschitz-Kohlenrevier wird allgemein durchgeführt. Die sächsischen Bergarbeiter, deren Kampf schon am 27. August abgelaufen war und die seit 5 1/2 Monaten vergeblich verhandelt haben, verlangen eine Zulage von 2 RM. für jede

Schicht, außerdem für die Verheirateten 3 RM. und für jedes Kind 1,50 RM. Haushaltsgeld. Die Grubenbarone erklären, nur dann in Verhandlungen eintreten zu wollen, wenn die Regierung eine Erhöhung der Kohlenpreise zuläßt und wenn die Bergarbeiter wieder die Achtstundenschicht zulassen. Bei der entflohenen Haltung der sächsischen Bergarbeiter ist zu erwarten, daß sie diese Bedingung mit der Forderung beantworten werden, die Kohlenpreise selber durch die Bergarbeiter festzusetzen und durch die Kontrolle der Kohlenproduktion das herauszuwirtschaften, was durch die allgemein abgelehnte Achtstundenschicht erreicht werden könnte.

Auch das rheinische Braunkohlenrevier vor dem Streik.

Die Bergarbeiter des rheinischen Braunkohlenreviers ist, wie die „Rheinische Zeitung“ meldet, in großer Erregung. Der Spruch des Schiedsgerichtes wurde von beiden Seiten abgelehnt. Die Interalliierte Kommission, an die die Bergarbeiter sich gewandt hatten, entschied, daß der Schiedsspruch anerkannt werden müßte. Eine schriftliche Befätigung ist aber, wie der Meldung eines Telegraphenbüros zu entnehmen ist, noch nicht ergangen. Inzwischen sind neue Verhandlungen eingeleitet worden. Die Regierung wird durch einen Beauftragten zwischen beiden Parteien zu schlichten versuchen. Der Bergarbeiterverband hat die Regierung ersucht, die Verhandlungen noch diese Woche zum Abschluß zu bringen. Der Bergarbeiterstreik ist jedenfalls, wenn den Bergleuten nicht entgegengekommen wird, unvermeidlich.

Die Berliner Elektrizitätsarbeiter für die Arbeitslosen.

Eine am Dienstag abgehaltene Vollversammlung der Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke hat einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die heute in Jena Festfäden tagende Vollversammlung der sächsischen Elektrizitätsarbeiter hat zu der Arbeitslosenfrage Stellung genommen und spricht den Arbeitslosen ihre Solidarität aus. Die Arbeiter der sächsischen Elektrizitätswerke stellen folgende Forderungen für die Arbeitslosen auf und sind gewillt, diese zusammen mit den Arbeitslosen zu erkämpfen:

1. Erhöhung der Unterstützung auf volle Höhe des Existenzminimums.
2. Eingliederung in den Produktionsprozeß.
3. Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn.
4. Abbau der Lebensmittelpreise und Bekämpfung des Wuchers.

Bei den sächsischen Elektrizitätsarbeitern erkennen, daß in dem kapitalistischen Staat den Arbeitslosen nicht geholfen werden kann, fordern wir von den Gewerkschaften, daß sie sich diese Forderungen zu eigen machen. Deswegen fordern wir von den proletarischen Parteiführern in den Parlamenten, daß sie gleichfalls für diese Punkte kämpfen, um die kapitalistische Wirtschaft in die sozialistische zu überführen.“

Es ist notwendig, daß sich die Arbeiter in allen Betrieben und in ganz Deutschland mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen und sich in ähnlicher Weise wie die Berliner Elektrizität bereit halten, mit allen Mitteln für die Forderungen der Arbeitslosen zu kämpfen.

Kapp-Hochverräter straffrei!

Amlich wird gemeldet: „In der Strafsache gegen den Generalinspektionsdirektor Kapp aus Königsberg in Preußen und Genossen wegen gemeinschaftlichen Hochverrats hat das Reichsgericht, 1. Straf-Senat, in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen: Das Verfahren gegen die Angeklagten 1. Geh. Regierungsrat Dr. Doyé aus Berlin, 2. Sächsischen Oberfinanzrat Dr. Bang aus Dresden wird gemäß § 1 und 2 des Gesetzes vom 4. August 1920 eingestellt, und die Beschlagnahme des Vermögens des Angeklagten Doyé wird aufgehoben, da nach den Ergebnissen der Voruntersuchung bei diesen Angeklagten die Voraussetzung der Straffreiheit gegeben erscheint.“

Kapp-Hochverräter sind selbstverständlich straffrei. Bei ihnen liegen die Voraussetzungen zur Aufhebung des Verfahrens ohne weiteres vor. Bei den Arbeitern dagegen, die sich im Frühjahr bewaffnet oder unbewaffnet gegen Kapp und seine Anhänger wehrten, ist natürlich das umgekehrte der Fall. Bei ihnen hatten die Staatsanwaltschaft und die Gerichte es auch sehr viel eiliger, und so fügten sie zu Tausenden in den Gefängnissen und Justiz-

häusern, während die Kappente vergnügt spazieren gehen und weiter in den Regierungsgämtern herumflitzen. Wer wagt noch zu behaupten, daß der Kapp-Putsch erfolglos war?

Dragesch-Charaktere.

Leutnant Klamm, der Kassierer der Dragesch-Verbände für die Provinz Sachsen, ist, wie die Halle'schen Blätter melden, nach Unterschlagung von vier Millionen Mark nach Holland geflüchtet.

Niederträchtige Behandlung von Rotarmisten.

Die vor einiger Zeit eingeleitete Heze der konterrevolutionären Presse gegen die in Deutschland internierten Rotarmisten hat schon dazu geführt, daß der Direktor des Internierungslagers Bayreuth 13 Kisten mit Lebensmitteln, die von badischen und pfälzischen Genossen für die Gefangenen gesammelt worden waren, an die Absender zurückgeschickte und sich weitere Zusendungen verbat.

Diese Niederträchtigkeit schließt sich würdig an die Brutalitäten der Kapp-Regierung gegen die russischen Genossen an, durch die die Sowjetregierung zur Zurückhaltung bayerischer Gefangener in Rußland, die bereits auf der Heimreise begriffen waren, gezwungen worden war. Die bayerische Regierung läßt in ihrem Haß gegen die Arbeiterschaft lieber ihre eigenen Landsleute leiden, als daß sie die Rotarmisten menschlich behandelt. Den deutschen Arbeitern erwächst daraus die Pflicht, sich ihrer russischen Brüder um so kräftiger anzunehmen, die Sammlungen für die Internierten unermüdet fortzusetzen und die Regierungen zu zwingen, die Internierten so zu behandeln, wie es Göttern des deutschen Proletariats geziemt.

Kampf um das Prager Volkshaus.

Die Polizei auf Seiten der Rechtssozialisten gegen die Arbeiter.

Das Prager Volkshaus gelangte, ebenso wie der „Provo Lidu“ nach dem infamen Gewaltstreik der tschechischen Rechtssozialisten, die den seit langer Zeit einberufenen Parteitag wegen seiner kommunistischen Mehrheit kurz vor dem Zusammentritt verschoben hatten und alle Anhänger der 3. Internationale, also die überwiegende Mehrheit der Partei, ausschlossen, in den Besitz der kommunistischen Mehrheit. Jetzt haben die tschechischen Rechtssozialisten versucht, mit Hilfe der Polizei und Gendarmen das Eigentum der Prager Arbeiterschaft zu rauben.

Wie der Prager Korrespondent der „Röschischen Zeitung“ meldet, rückten Donnerstagabend gegen 7 Uhr Gendarmen und Polizei in das Volkshaus und versuchten in das Gebäude einzudringen, in dem sich zurzeit 60 Kommunisten befanden. Diese errichteten in aller Eile vor beiden Hauseingängen Barrikaden aus Kisten, Papierrollen und Handwagen und setzten sich zur Wehr. Die Gendarmen stürmten mit gefülltem Bajonett. Es gelang ihr nach einiger Zeit, Räume des Hauses zu besetzen. Inzwischen hatte sich die Nachricht von der Erstürmung des Volkshauses in der Stadt verbreitet und aus der nahen Arbeiterstadt Hlázov strömten Arbeitermassen herbei, um den Kommunisten Hilfe zu bringen. Bis 9 Uhr abends war es ihnen noch nicht gelungen, die Polizei der Rechtssozialisten zu überwinden.

Die Arbeiter des Kladow-Kohlenreviers haben auf die erste Meldung von den Vorfällen in Prag für die Arbeit eingestrichelt. Die Prager Parteigenossen fürchten, daß die Arbeiter aus Kladow, das 20 Kilometer von Prag entfernt ist, nach der Stadt marschieren werden, um den Prager Arbeitern zu helfen. Die Generalstreikbewegung wird sich voraussichtlich auch auf die übrigen Industriegebiete der Tschechoslowakei ausdehnen. — In Prag und Opatowitz hat die Arbeiterschaft wegen der Dinge im Streik.

Polen — Rußland.

„Berling'ske Lidu“ meldet aus Warschau: Das Rigä wird berichtet, daß der Waffenstillstand zwischen Polen und Sowjet-Rußland verlängert werden soll, so daß er erst in anderthalb Monaten gültig werden kann. Dieser Vorschlag wurde von den Bolschewiken gemacht. Die Rigäer sind bereit, für die Annahme dieses Vorschlages den nötigen Rückhalt in der Frage der Freilassung der Kriegsgefangenen entgegenzubringen.

Der Verschmelzungsparteitag der Kommunisten.

2. Tag. Berlin, den 6. Dezember 1920.

(Fortsetzung.)

Scheune-Bayern erinnert daran, daß es während der Münchener Räterepublik der bayerischen Regierung nicht möglich war, die Bauern zum Kampf gegen die Arbeiter zu gewinnen. Sie habe sich erst die Preußen holen müssen. Jetzt habe sich das allerdings geändert, weil es die Konterrevolution verheißt, rechtzeitig Konzessionen an die Bauern zu machen. Auf nur agitatorischem Wege können wir die Bauern nicht gewinnen.

Raf-Hannover hält das Programm für ein Agitationsprogramm und nicht für ein Zukunftsprogramm. Groß- oder Kleinbetrieb sei eine Frage der Technik und man müsse daher nach den technischen Vorbedingungen gemäß der Léninschen Theorie entscheiden. (Zwischenruf: Die steht doch der Kapitalismus voraus.) Das Privateigentum an Grund und Boden müsse grundsätzlich aufgehoben werden. Der Redner schlägt die Rückverweisung des Entwurfes an eine neue Kommission vor, die morgen oder übermorgen den endgültigen Entwurf vorlegen solle.

Sieff-Brandenburg verweist gegenüber den Angriffen gegen das Programm, daß wir uns doch in einer Übergangszeit befinden. Die Enteignung der großen Güter wird automatisch die Kleinbauern zum genossenschaftlichen Zusammenschluß und zu unseren Ideen zwingen. Wer behauptet, daß die Bauern nicht zu gewinnen seien, der muß schädel nach seiner eigenen Sache überzeugen sein. Natürlich gehe das nicht auf einen Schlag. Jeder Agitator muß ein enges Band zur Landbevölkerung knüpfen. Er muß das Vertrauen der Landbevölkerung gewinnen. Dann wird das Land uns gehören.

Schwarz-Riel erklärt, daß er auf Grund seiner Erfahrungen in Schleswig-Holstein das Agrarprogramm durchaus begrüßen müsse. Es sind hier die Einwände der Hilferdinge gegen den Programmentwurf aufgetaucht. Aber die Genossen werden sich davon überzeugen, daß wir auf dem richtigen Wege sind, wenn sie nicht die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat überhaupt in Frage stellen wollen. Es ist eine ganz andere Sache um den Opportunismus vor und nach Erreichung der Macht. Jener gilt der Stärkung der Bourgeoisie, dieser der Erhaltung der proletarischen Macht. Wir müssen uns, was die Landpropaganda anbetrifft, zum Bewußtsein bringen, daß der Sozialismus heute nicht eine Bücherweisheit, sondern eine aktuelle Frage des Kampfes heute und morgen ist. Er würde es freilich begrüßen, wenn an die Spitze des Programms eine prinzipielle Darstellung des Agrarproblems vom sozialistischen Standpunkt gestellt würde. Ferner müsse auch ausgesprochen werden, daß alle Versprechungen, die wir den Kleinbauern machen, nur so lange Gültigkeit haben, wie uns von diesen kein Widerstand begegnet. Man muß es ausdrücklich sagen, daß wir auch einen eventuellen Widerstand halbproletarischer und selbst proletarischer Schichten niederzuschlagen werden. Sehr geschickt sei im Programm die Anknüpfung an den Frühkommunismus, wie sie aus dem Ausdruck Markgenossenschaft hervorgehe. Wir müssen heraus aus der engherzigen Einstellung der Kamistauer und unter Wahrung unserer Grundzüge unter dem Banner realer Ziele und für reale Forderungen den Kampf auf dem Lande führen.

Schulz-Berlin: Der Entwurf ist meiner Ansicht nach durchaus getragen vom Geiste der Moskauer Beschlüsse, nachdem der Absatz 11 gefallen ist. Es geht uns nicht darum, den Klassenkampf vom Lande fernzuhalten. Niemand kann behaupten, dieses Programm sei getragen vom Geiste der Hilferdinge. Aber wir müssen uns darüber klar sein, daß die Sozialisierung der kleinen Betriebe nicht unmittelbar nach der Eroberung der Macht durchführbar ist. Diese Betriebe müssen in die sozialistische Wirtschaft überführt werden nicht durch Zwang, sondern durch Beispiel, durch Belehrung. Den Großgrundbesitz müssen wir enteignen, um der Revolution die Sicherheit der Lebensmittelversorgung zu geben. Wir können auf dem Lande Millionen Bundesgenossen haben und wenn wir ihnen sagen, was

ist, dann kommen sie nicht nur insinuitisch zu uns. Nicht umsonst sind aus den 20 000 Landarbeitern, die vor dem Kriege gemeinschaftlich organisiert waren, heute eine Million geworden. Und nicht umsonst wenden sie sich so heftig gegen die rechtssozialistische Politik ihrer Verbandsleitung. Den Kleinbauern müssen wir zeigen, daß sie nicht durch die Industriearbeiter, sondern durch die Besitzer der industriellen Produktionsmittel ausgebeutet werden. Wir haben die beste Gelegenheit, uns in den Kleinbauern Millionen treuer Freunde zu schaffen. Anders ist die proletarische Revolution nicht durchführbar. Zum Schluß begründet der Redner folgenden Antrag:

Der Vereinigungsparteitag bestätigt den Beschluß des Aprilparteitages der K. P. D., nach dem ein besonderes Zentralsekretariat zur nachdrücklichsten Betreibung der Landpropaganda errichtet worden ist. Der Parteitag verpflichtet alle Bezirke und Ortsgruppen, die in dem Beschlusse geforderten Organe zur Landpropaganda unverzüglich zu schaffen.

Wurm-Braunschweig: Wir haben die Agrarfrage nicht zu behandeln als einen abstrakten Programmpunkt, sondern als die Frage einer sozialen Bewegung. Das Programm muß daher eingestuft sein auf die Aufgaben, die heute vor uns stehen, auf die nächsten Forderungen. Die Enteignung sämtlichen Bauerlandes auszusprechen, ist in der wirtschaftlichen Praxis unmöglich. Politisch stellt sich für uns die Frage, wie wir die Bauern möglichst als Kräfte

Der geschichtliche Beruf des Proletariats.

Diese weitverbreitete Tat (die Menschen zu Herren ihrer eigenen Art der Gesellschaft und zu Herren der Natur zu machen) durchzuführen, ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats. Ihre geschichtlichen Bedingungen, und damit ihre Natur selbst zu begründen, und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zum Bewußtsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus.

Friedrich Engels.

für die soziale Revolution auszunutzen oder aber sie nicht als Kräfte gegen die soziale Revolution zur Entfaltung kommen lassen. Besprochen werden muß auch das Siedlungsproblem. Die Siedlungspolitik zeigt, daß der Kapitalismus heute dem Proletariat nichts mehr geben kann. Sie liegt im Interesse der Schwerindustrie, deren wesentliche Kapitalausgaben in Löhnen bestehen, die durch die Siedlung herabgedrückt werden sollen.

Hörne-Berlin: Hier wird die ganze Zeit von Bauern gesprochen. Ich sage, es gibt keine Bauern als Ganzes. Es gibt Großgrundbesitzer, es gibt Großbauern, es gibt Mittelbauern, Kleinbauern und es gibt Landarbeiter. Der Gegensatz vom Bauern zum Industriearbeiter, der zum Ausdruck kommt in dem Sprechen von den konterrevolutionären Bauern als Gesamtheit, ist erst geschaffen vom Agrarkapital. Wir müssen den Klein- und Mittelbauern ihren eigenen Interessengegensatz zum Agrarkapital erklären. Die Klein- und Mittelbauern sind ihrer sozialen Stellung nach nicht mit den Kapitalisten, sondern eher mit den Handwerkern auf eine Stufe zu stellen.

Ein bezeichnendes Beispiel ist die Zwangswirtschaft. Sie entstand während des Krieges und schädigte den Profit des Agrarkapitals zugunsten des Industriekapitals, dem sie seine Arbeitskräfte verbilligte. Dies war so lange möglich, als das Agrarkapital sich im Interesse des imperialistischen Krieges regte. Nachdem dieses Interesse gefallen war, begann nach Kriegsende der Kampf zwischen Agrarkapital und Industriekapital, der Kampf des Agrarkapitals um die freie Wirtschaft. Das Proletariat hatte hier nicht eingzugreifen für das Industriekapital gegen das Agrarkapital, es hatte geschlafen in Stadt und Land beide Kapitalgruppen zu bekämpfen. Dies verhindert zu haben, das Proletariat für die Interessen des Industriekapitals eingespannt zu haben, ist das Verbrechen der Arbeitergemeinschaften. Wir wollen nicht zurückkehren zur bürokratischen

Zwangswirtschaft, wir wollen nicht kämpfen für billige Arbeitskräfte für das Industriekapital.

(Fortsetzung folgt.)

Der Parteitag hat die Wahl des Zentralschusses vorgenommen, der nach dem Organisationsstatut mindestens alle 3 Monate zusammentritt und dem die Kontrolle der Gesamtpolitik der Partei obliegt. Nach dem Organisationsstatut wird der Zentralschuss auf dem Parteitag gewählt. Den Bezirkskonferenzen steht das Vorschlagsrecht zu. Von diesem Rechte konnten die Genossen vor der auf dem letzten Parteitag vorgenommenen Wahl äußerer Umstände wegen keinen Gebrauch machen. Auf dem Parteitag traten die Delegierten der einzelnen Bezirke zusammen und machten ihre Vorschläge. Dabei ergaben sich Differenzen in den Bezirken Niederrhein, Wasserfante und Magdeburg-Anhalt. In Danzig sind die Verhältnisse noch nicht geklärt. Der Zentralschuss hat in seiner ersten Sitzung beschlossen, daß entgegen dem Organisationsstatut ausnahmsweise in diesen 4 Bezirken Konferenzen stattfinden, die sich mit den Differenzen zu befassen haben. Ihre Beschlüsse sind der Zentrale mitzuteilen, die dann ihre endgültige Entscheidung treffen wird.

Internationale.

Wird Longuet das Beispiel Crispiens befolgen?

In einer Versammlung in Paris machte kürzlich Trotski die ehrenvolle Mitteilung, daß geheime Verhandlungen zwischen der Longuet-Gruppe und den französischen Rechtssozialisten stattfinden. Beide Gruppen hätten die Absicht, gemeinsam die Französische Sozialistische Partei zu verlassen und zwar noch vor dem kommenden Parteitag, von dem man die Annahme der 21 Bedingungen erwartet.

Die 2. Internationale für — Horthy?

Wie der Budapest Berichterstatter der „Dena“ aus guter Quelle erfährt, werden sich die sozialistischen Führer MacDonald und Gynmans Mitte Januar nach Ungarn begeben, um der 2. Internationale über die dortigen Zustände Bericht zu erstatten. Von dem Ergebnis dieser Reise wird manche Entscheidung abhängen. Die Sozialistenführer befinden sich augenblicklich in Prag und werden ihre Reise nach Budapest von dort aus unternehmen. Diese „Objektivität“ der Anhänger der 2. Internationale gegenüber der Reaktionären ist überwältigend. Nach anderthalb Jahren furchtbaren weißen Terrors, dessen Befehlen sogar im ungarischen Weisterrorischen Parlament zugegeben wurde, nach dem Bericht der englischen Arbeiterkommission, nach dem von der sicherlich nicht bolschewistischen Amsterdamer Gewerkschaftszentrale wegen des weißen Terrors verhängten Boykott über Ungarn, gelüftet es die Vorkämpfer der 2. Internationale noch immer, von dem Arbeitermassenmörder Horthy zu einem Lee eingeladen zu werden, um aus dessen allerhöchsten Lügenmund zu erfahren, daß alle Nachrichten über den weißen Terror in Ungarn böswillige Erfindungen und Fingergespinnste kommunistischer und jüdischer Journalisten seien. Selig sind die Armen im Geiste!

Die lothringischen Gewerkschaften für Moskau.

Ein außerordentlicher Kongreß der lothringischen Gewerkschaften, der in Metz stattfand, stimmte mit 16 429 gegen 8 642 Stimmen bei 794 Stimmenthaltungen für den Anschluß an die Dritte Moskauer Internationale.

Die Sektionen der Departements Finistere und Mosel der Sozialistischen Partei Frankreichs beschloßen ebenfalls mit überwältigender Mehrheit den vorbehaltlosen Anschluß an die Dritte Internationale.

Zehntausend slowakische Arbeiter für die Dritte Internationale.

Die Konferenz der Vertreter der sozialdemokratischen politischen Organisationen der Tschoslova Zupa fand am 28. November in Prable statt. An der Konferenz nahmen 79 De-

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.

Von Friedrich Engels.

(Fortsetzung.)

Das von der ganzen bisherigen Philosophie dann noch schließend behauptet wird, ist die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen — die formale Logik und die Dialektik. Alles andere geht auf in die positive Wissenschaft von Natur und Geschichte.

Während jedoch der Utopie in der Naturwissenschaft nur in dem Maß sich vollziehen konnte als die Forderung der entsprechenden positiven Wissenschaft laßte, haben sich schon viel früher historische Tatsachen geltend gemacht, die für die Wissenschaften eine entscheidende Wendung herbeiführten. 1831 hatte in Spanien der erste Arbeiterkampf stattgefunden; 1834—42 erreichte die erste nationale Arbeiterbewegung, die der englischen Chartisten, ihren Höhepunkt. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie trat in den Vordergrund der Geschichte der fortgeschrittenen Länder Europas, in demselben Maße, wie sich dort ebenfalls die große Industrie, andererseits die neuere politische Herrschaft der Bourgeoisie entwickelte. Die Lehren der bürgerlichen Deutungslehre von der Natur der Interessen von Kapital und Arbeit, von der allgemeinen Harmonie und dem allgemeinen Fortschrittscharakter als Folge der freien Konkurrenz, wurden immer mehr in Frage gestellt von den Tatsachen des Kampfes. Als diese Dinge waren nicht mehr abzuwenden, ohne wenigstens die Bourgeoisie und die Arbeiterklasse, der sie überdies, wenn auch nicht unmittelbar, anzuwehen war. Aber die alte idealistische Ge-

schichtsauffassung, die noch nicht verdrängt war, konnte keine auf materiellen Interessen beruhenden Klassenkämpfe, überhaupt keine materiellen Interessen, die Produktion wie alle ökonomischen Verhältnisse kamen in ihr nur so nebenbei, als untergeordnete Elemente der „Kulturgeschichte“ vor.

Die neuen Tatsachen zwangen dazu, die ganze bisherige Geschichte einer neuen Untersuchung zu unterwerfen und so zeigte sich, daß alle bisherige Geschichte, mit Ausnahme der Utopie, die Geschichte von Klassenkämpfen war, daß diese einander bekämpfenden Klassen der Gesellschaft jedesmal Gegenpole für die Produktions- und Vertriebsverhältnisse, mit einem Wort der ökonomischen Verhältnisse ihrer Epoche; daß alle die jetzigen ökonomischen Strukturen der Gesellschaft die reale Grundlage bilden, aus der der gesamte Ueberbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen, sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Weltanschauungsweise eines jeden geschichtlichen Zeitraumes in letzter Instanz zu erklären ist. Jetzt hatte die Geschichtsauffassung von der Utopie abgetrennt, er hatte sie historisch gemacht — aber jene Auffassung der Geschichte war weiterhin idealistisch. Jetzt war die Geschichte mit keinem letzten Ziel, sondern mit der Geschichtsauffassung, betrieben, eine materielle Geschichte, angefangen gegen und der Weg gemacht, um das Bewußtsein der Arbeiter aus ihrem Sein, aus der Welt ihrer Sein und ihrer Bewegung zu erklären.

Die neue Auffassung ist der Sozialismus nicht mehr als politische Forderung dieses oder jenes gewissen Landes, sondern als das notwendige Ergebnis des Kampfes zweier geschichtlicher antagonistischer Klassen, des Proletariats und der Bourgeoisie. Diese Klassen sind nicht mehr, als möglich vollkommenere Systeme der Gesellschaft zu verfertigen, sondern den geschicht-

lichen ökonomischen Verlauf zu untersuchen, dem diese Klassen und ihre Widersprüche mit Notwendigkeit entspringen und in der dadurch geschaffenen ökonomischen Lage die Mittel zur Lösung des Konflikts zu entdecken. Mit dieser materialistischen Auffassung war aber der bisherige Sozialismus ebenso unverträglich wie die Naturauffassung des französischen Materialismus mit der Dialektik und der neueren Naturwissenschaft. Der bisherige Sozialismus kritisierte zwar die bestehende kapitalistische Produktionsweise und ihre Folgen, konnte sie aber nicht erklären, also auch nicht mit ihr fertig werden; er konnte sie nur einfach als schlecht verwerfen. Je heftiger er gegen die von ihr unentzerrliche Ausbeutung der Arbeiterklasse eiferte, desto weniger war er imstande, deutlich anzugeben, worin diese Ausbeutung bestesse und wie sie entstehe. So handelte sich aber darum, die kapitalistische Produktionsweise einerseits in ihrem geschichtlichen Zusammenhang und ihrer Notwendigkeit für einen bestimmten geschichtlichen Zeitabschnitt, also auch die Notwendigkeit ihres Unterganges, darzustellen, andererseits aber auch ihren inneren Charakter bloßzulegen, der noch immer verborgen war. Dies geschah durch die Enttarnung des Mehrwerts. Es wurde bewiesen, daß die Anreicherung und zahlloser Arbeiter die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie vollzogenen Ausbeutung des Arbeiters ist; daß der Kapitalist, selbst wenn er die Arbeitskraft seines Arbeiters zum vollen Wert kauft, den sie als Ware auf dem Warenmarkt hat; dennoch mehr Wert aus ihr herauszieht, als er für sie bezahlt hat; und daß dieser Mehrwert in letzter Instanz die Wertsumme bildet, aus der sich die stets wachsende Kapitalmasse in den Händen der besitzenden Klassen anhäuft.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Platzmangel (Parteitagebericht) mußten wir das Journalisten bis heute zurückstellen.

legierte teil, die 10 000 organisierte Arbeiter des Komitees vertreten. Außer den Delegierten erschienen noch etwa 300 Gäste. Die Konferenz stellte sich auf die Basis der Dritten Internationale und betrachtet die Beschlüsse der sozialdemokratischen Linken für bindend.

Jugoslawien.

Das endgültige Wahlergebnis.

Nach dem endgültigen Ergebnis der Wahlen aus Süd-Slawien sieht sich die Konstituante wie folgt zusammen: 97 Radikale, 11 Demokraten, 55 Kommunisten, 50 Mitglieder der radikal-kroatischen Bauernpartei, 39 serbische Bauern, 25 Föderalisten. In Kroatien und Slowenien 25 Katholiken, 9 Sozialisten und 5 Unionisten. In Montenegro, wo keine separaten Listen aufgestellt waren, wurden vier Kommunisten und zwei Republikaner gewählt.

Republik Deutschland

Die Fehrenbach-Regierung für die Rahrheiden Einwohnerwehren.

Dem General Kollet, der als Vorsitzender der internationalen Militärkontrollkommission vor einigen Wochen die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen gefordert hatte, ist jetzt die Antwortnote der Reichsregierung übergeben worden. Sie bestätigt die Ankündigung der konterrevolutionären bayerischen Presse, daß sich die Reichsregierung den Standpunkt der Rahr- und Escherichs vollständig zu eigen gemacht habe. Begründet wird die Notwendigkeit eines Weiterbestehens der bewaffneten Einwohnerwehren mit ihren Argumenten. Die Regierung gibt zu, daß sie das Entwaffnungsabkommen von Spaas verletze. Aber sie appelliert dafür an den Geist dieses Abkommens. Die Regierung läßt, es befände sich in Bayern noch eine Menge von Waffen in den Händen der „ordnungsfeindlichen Elemente“. Zu ihrer Entwaffnung werde man neue Maßnahmen treffen, um so die Voraussetzungen für die Entwaffnung auch der Einwohnerwehren zu schaffen. Die Reichsregierung kündigt also neue Gewaltmaßnahmen gegen das bayerische Proletariat an und sie gibt den Rahr- und Escherichs die Vollmacht zu ihrer Durchführung.

Neulich begründet die Regierung, warum der bewaffnete Selbstschutz Ostpreußens noch nicht entwaffnet werden könne. Sie verweist auf den angeblichen „Aufmarsch der Sowjetarmeen an der litauischen Grenze“ und bietet damit ihre und der Escherichs bewaffnete Macht zum Kampf gegen Sowjetrußland an.

Diese Note der Reichsregierung dokumentiert ihre Kapitulation vor den Rahr- und Escherichs und vor der französischen Konterrevolution. Die Fehrenbach und Simons „verteidigen“ Deutschland vor den Raubgelüsten des französischen Imperialismus nur noch durch Appelle an die Interessen und die Solidarität der Weltkriegerrevolution. Mit allen Mitteln erstrebt sie die Aufnahme in ihren Bund gegen das internationale Proletariat.

In der deutschen Regierung müssen die deutschen Arbeiter die Bundesgenossen der internationalen Konterrevolution bekämpfen, um ihren Aufmarsch gegen die proletarische Revolution zu vereiteln.

Korruption im Reichsernährungsministerium.

Die Auseinandersetzungen zwischen dem Minister Hermes und dem Landwirtschaftsminister Braun geben der rechtssozialistischen Presse Gelegenheit, noch mehr über die sehr merkwürdigen Verhältnisse im Reichsernährungsministerium zu berichten. Ein Regierungsrat Dr. Fürst, der die Einfuhr und Ausfuhr der Lebensmittel unter sich hatte, ließ sich von beteiligten Firmen Provisionen und Vorteile aller Art zuschanzen. Der Untersuchung dieser Angelegenheit hat sich Dr. Fürst durch eine Reise nach Holland entzogen. Der Direktor der Reichsfleischstelle Schwoon bevorzugte auffällig eine bestimmte Einfuhrgesellschaft in Hamburg. Als der zweite Direktor der Reichsfleischstelle Grünner die gegen Schwoon erhobenen Beschwerden bestätigte, wurde Grünner vom Ministerium Hermes entlassen. Jetzt hat Schwoon der Hamburger Gesellschaft bei einem großen Fleischlauf in Holland eine Provision von 7 Prozent, insgesamt 34 Millionen Mark, zugezogen. Inzwischen ist Schwoon ausgeschieden und bei der Hamburger Gesellschaft als Direktor eingetreten! Ministerialdirektor bei Hermes ist ein früherer Affektör Dr. Heulamp, der während des Krieges unberechtigt die Uniform eines Intendantenbeamten trug und sich unter Verpiegelung falscher Tatsachen von dem Dienst mit der Waffe zu drücken wußte. Heulamp ist ein Bekannter von Hermes aus der Zeit, als Hermes noch Landwirtschaftslehrer war.

Die rechtssozialistische Presse behauptet, derartige Mitteilungen noch in Fülle ergänzen zu können. Dabei darf nicht vergessen werden, daß sie jetzt dieses Material ausstrahlt, um vergessen zu machen, daß die Parsons-Sklarz-Geschichten nicht weniger dastand waren.

Ein neuer Sklarz-Fall.

Die Deutschen Werke haben bekanntlich große Lieferungsverträge mit Privatfirmen unter Bedingungen abgeschlossen, die das Reich erheblich schädigen. Unter anderem hat die Metallfirma Schweizer & Dypier günstige Verträge mit den Deutschen Werken abgeschlossen. Die rechtsstehende Presse stellt fest, daß der Protokollist der Firma Schweizer & Dypier ein Herr Leon Sklarz ist, ein Bruder der bekannten anderen Sklarz. Die rechtssozialistische Presse, die höchst auffälligerweise die Verträge der Deutschen Werke entzündete, wärte also für ihre Verteidigung noch einen anderen Grund haben als die Tatsache, daß Mitglieder der rechtssozialistischen Partei im Aufsichtsrat der Deutschen Werke sitzen.

Der monarchistische Reichstag.

Die Frau Wilhelms des Landflüchtigen liegt im Sterben. Die Laizität wird von den monarchistischen Mitgliedern in jeder Ausgabe des amtlichen Nachrichten-

büros breitgetreten und die gesamte Bourgeoisie findet Gefallen daran. Es gibt in Deutschland keine nennenswerte Schicht von Bourgeoisie, der nicht noch ersterbenbe Ehrfurcht vor dem gekrönten Haupte in den Knochen säße. Die sogenannten republikanischen Parteien sind so gut monarchistisch wie die andern.

Der Aelterenausschuß des Reichstags hat sich nun mit der Frage beschäftigt, ob bei einem Ableben der Kaiserin der Reichstag eine Sympathiefeier und Begräbnis veranstalten solle. Die bürgerlichen Parteien, die auf republikanischen Männerstolz noch nicht eingeeißelt sind, waren dafür. Demnach wird die Mehrheit des deutschen Reichstags den Tod dieser Frau, die den Typus des Weibchens aus der monarchistischen Drogenwelt verkörperte, zu einer monarchistischen Rundgebung benutzen. Die Restauration Konstantins schwelt die monarchischen Hoffnungen. Heute Sympathie, warum morgen nicht Restauration der Hohenzollern?

Es geht auch ohne Reichstag.

Der Reichswehrminister hat nach einer Bekanntmachung seiner Nachrichtenstelle mit Genehmigung der Regierung ein „Rechtblatt“ herausgegeben, das einen Auszug der von ihm dem Reichstag vorgelegten aber noch nicht genehmigten Gesetzentwürfe enthält und für die Militärbehörden als Dienstvorschrift gelten soll. Herr Gessler und seine Regierung sehen damit gesetzliche Bestimmungen in Kraft, zu denen sich die angeblich in Deutschland regierende „Vollvertretung“ noch nicht einmal hat äußern dürfen. Unter anderem gehört dazu das Verbot der politischen Betätigung der Soldaten, also die Aufhebung eines durch die Weimarer Verfassung festgelegten Grundrechtes für eine bestimmte Bevölkerungskategorie.

Herr Gessler rechtfertigt seine bonapartistischen Akten mit der „Geschäftslage der gesetzgebenden Körperschaften“, die eine Verabschiedung seiner Gesetzesvorlagen voraussetzlich in diesem Jahre nicht zulassen werde.

Die Arbeiter dürfen sich so wenig wie durch ein Reichswehrgesetz durch die bonapartistischen Verfügungen des Reichswehrministers daran hindern lassen, die Soldaten für die Politik des Proletariats zu gewinnen, anstatt sie unter dem Vorwand einer politischen „Neutralität“ der Konterrevolution zu überlassen.

Der Dolchstoß.

Von Max Radens.

In der „Deutschen Zeitung“ vom 16. November 1920 steht die Keuperung eines Majors: er wisse nicht, was größer in ihm sei, der Haß gegen die Feinde oder die Verachtung für das eigene Volk.

Die deutliche Mutter spricht:

Wir sind zu Sechsen in dem kleinen Zimmer, ich und fünf Kinder auf verstaubtem Bett. Mein Mann ist tot, zerfallenen Leibes Trümmer verfaulten Schmerzdurchdrampft im Lazarett. Ein Schrei nach Brot ward meiner Kleinen Leben, ich bin das Leid, das euer Fluch verfolgt, denn ich, die, was sie hatte, bingeben, ich, deutsche Mutter hab die Front erdolcht.

Das Kind spricht:

Hörst du mich kullern? Aus verkleimter Kehle klagt ächzend meiner Krankheit müder Ton. Ich bin kein Leib, nur eine wunde Seele: das große Sterben griff die Glieder schon. Du, Ordensritter, halt mich nie geliehen, ich aber habe mitgekämpft für dich, aus den Millionen eines, die vergehen! Doch du bist satt — und du verachtet mich!

Der Krüppel spricht:

Mir blieb der Rumpf; die eine lahme Tatze hält eine Mütze, welche Groschen fängt, und das Gesicht ist eine ekle Fratze, die milde meine Blindheit nur verhänet. Warum ich betteln muß vor jenem Haule, in dem der Reichtum hämlich lachend prözt? Damit ein vollgetrellener Basawie auf meine Qualen seinen Geißel rotzt!

Das deutliche Volk spricht:

Wir haben uns vier Jahre nicht verstanden, wir Kerle und ihr Herr'n mit Achselstück! Dem Elend ging das letzte Hemd zuhauenden, Ihr schlürftet Sekt, Ihr hattet eben Glück. Vier lange Jahre lieben wir uns neppen, der Mann im Graben, Weib und Kind zu Haus. Jetzt mögt Ihr schweigend eure Schande schleppen! Ihr — uns verachten? ... Gemeine, heraus!

(Aus Nr. 48 der Wochenchrift „Die Weltbühne“.)

Die vollendete Republik.

Während des Rapp-Butschs hatte Graf Döberitz auf Rössburg (Mecklenburg) Militär und Einwohnerwehren gegen die die Verfassung schützende bewaffnete Arbeiterschaft aufgestellt. Als er auf einem Patrouillenlauf von der bewaffneten Arbeiterschaft festgenommen wurde, entzog er sich der Festnahme durch die Flucht, wurde aber hierbei durch einen Schuß am Arme verwundet. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt Anklage erhoben, nicht gegen den hochverrückten Grafen, sondern gegen einige Mitglieder der damaligen bewaffneten Arbeiterschaft wegen angeblicher Mordversuches.

Die U. S. P. hat im Mecklenburgischen Landtag beschloß an die Regierung die Anfrage gestellt, ob sie geneigt, sich auf der Rechtsboden zu stellen und die Staatsanwaltschaft angewiesen, den Verfahren gegen die Arbeiter einzustellen und gegen den Grafen Döberitz zu eröffnen. Die republikanische Regierung hat barausfür prompt erklärt, gegen den Grafen Döberitz keine Schritte eingeleitet werden, da er eine strafrechtliche Handlung nicht begangen habe. Er habe die in seinem Besitz befindlichen Gewehre von der Reichswehrmittelsstelle zur Bewaffnung von Einwohnerwehren erhalten, um sich gegen „spartanische Pländerungen“ zu schützen.

Mit jüdischer Frechheit nimmt hier also die republikanische Regierung Partei für den monarchistischen Aufsteher. Sie selber gibt den Monarchisten das Stichwort für ihre Verteiligung. Nächstens werden wir aus Regierungskomitee erfahren müssen, der Rapp-Butsch habe sich gar nicht gegen die Ober-Roske-Führer gerichtet, sondern nur gegen „spartanische Pländerer“. Um so mehr muß die Arbeiterschaft aus diesen Erklärungen den Schluß ziehen: Nicht die Demokratie gilt es zu schützen gegen die Monarchisten, sondern Monarchisten wie Demokraten gleichermaßen als Feinde zu behandeln.

Gewerkschaftliches

Die Tagesfragen der Gewerkschaftsbewegung.

Von Rich. Müller.

(4. Fortsetzung.)

Die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel ist gleichfalls in den meisten Zweigen schlecht beschäftigt. Die Leinwandindustrie ruht ganz. Die Delmühlen können nicht arbeiten, weil sie keine Rohstoffe aus dem Ausland einkaufen dürfen. Das gleiche trifft die Margarineindustrie. Bekanntlich läßt der Ernährungsminister keine Rohstoffe herein, sondern nur fertige Ware: er treibt damit eine Politik, die dem Reiche rund 1 Milliarde gelostet hat. Die Konservenfabriken klagen über schlechten Geschäftsgang, den sie auf die hohen Dosenpreise zurückführen. Die Tabakindustrie geht zurück, was nicht zuletzt auf die hohen Steuern zurückzuführen ist. Die Brauereien klagen gleichfalls und halten eine weitere Betriebseinschränkung für notwendig. Dagegen meldet die Wein- und Spirituosenindustrie einen besseren Geschäftsgang. Das letztere charakterisiert die Gegenwart am besten. Während die Ernährung immer mehr zusammenbricht und die Genussmittel des werktätigen Volkes keinen Abzug finden können, geht das Geschäft der Wein- und Spirituosenhändler gut. Die Weinpuben, Nachkolale, Bars, Dielen und wie sich die Stätten der Lebenswelt bezeichnen, sind überfüllt. Die Binnenschifffahrt ist ungenügend beschäftigt. In Hamburg liegt seit geraumer Zeit ein Leerramm von 1/4 Millionen Tonnen unbenutzt. Auf dem Rhein-Herne-Kanal lagen Mitte Oktober 284 Schiffe beschäftigungslos. Auf den märkischen Wasserstraßen ist der jeden Herbst einsetzende stärkere Verkehr ausgeblieben.

Die deutsche Wirtschaftskrise wird stark beeinflusst durch Verkehrserschwerungen. Wie aus den Berichten über den Stand der Binnenschifffahrt zu entnehmen ist, liegen wertvolle Verkehrsmittel still, die zur Aufrichtung der Wirtschaft verwendet werden könnten. Auch hier drückt sich der Widerstand und die Unfähigkeit der kapitalistischen Produktion aus.

Das Baugewerbe liegt immer noch still. Nirgendes zeigt sich eine Besserung. Trotzdem sich der Wohnungsmangel zur Katastrophe auswächst, wird die Bautätigkeit nicht aufgenommen, weil niemand in der Lage ist, die Kosten für neubauete Wohnungen zu zahlen.

Die „Bosische Zeitung“ berichtete im Juli d. J. über das „Jako der Bergmanns-Hierarchie“ und teilte dabei mit, daß ein Haus mit vier bescheidenen Wohnräumen heute 100 000 Mk. Baukosten verursacht. Dasselbe Haus kostete im Frieden bei besserer Ausführung 6000 Mk. — also heute das fünfzehn- bis zwanzigfache. Will man heute ein solches Haus bauen, dann müssen 90 000 Mk. à fonds perdu gegeben werden. Nicht die Löhne der Bauarbeiter sind zu hoch, sondern die Rohstoffe, besonders Eisen, das heute bis zu fünfzigmal teurer ist als zu Friedenszeiten.

Die Papierindustrie steht unter einem schlechten Geschäftsgang. Dasselbe trifft zu bei dem Buch- und Zeitungsdruckgewerbe. Große Druckereien werden stillgelegt, in anderen wird die Belegschaft stark verringert.

Die Zahl der Erwerbslosen ist auf über 1 Million gestiegen. Die Zahl derjenigen Arbeiter, die verkürzt, teilweise nur 20 Stunden pro Woche arbeiten, wird auf 2 Millionen angegeben. Unter den Erwerbslosen gibt es eine große Anzahl, die über ein Jahr arbeitslos sind und trotz aller Bemühungen keine Arbeit finden.

Diese Zahlen reden eine furchtbare Sprache. Der bevorstehende Winter wird der Arbeiterklasse ein jähes Leid bringen, das sie nur selbst beseitigen kann und muß durch den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft.

(Fortsetzung folgt.)

Totales.

Dresden, den 12. Dezember 1920.

(A. B. C.)

Wies nicht fort, Säug es an den stillen Ort; Königlich leer trotz aller Tücke, Füllt es dennoch eine Rucke. Kulturjahre? Neel! A. B. C.!

) Anti-Bolschewistische Korrespondenz, Organ der „Rückwärts“.

Ein nettes Fräutchen

ist der Friedestraße 4 LL, wohnhafte 16jährige Schullehrerin. Der Durchsicht ist Mitglied des deutschen nationalen Bismarckbundes und selbstverständlich Patentreuer. Als solcher entwickelt er intensive Tätigkeit in der Vertilgung von Juden und Arbeitern. — Beschäftigt nur in Boyden. Die Sache ist trotzdem nicht mit einem Scherz abzutun, denn die von ihm im Keller gut verpackten Steigbüchsen-Gummihüpfel sollen nach seinen eigenen Angaben beim nächsten Fußstapfen entsprechende Verwendung finden. Dieser Junge misstamt im Auftrage Karlichen, Brodich der Patentreuer-Verleihungsmethode, läßt jedoch eine gewisse Gefahr für die öffentliche Sicherheit, mag hat doch Beispiele. Es wäre deshalb angebracht, wenn der Herr von diesen vergifteten gefährlichen Patentreuer-Waffen gekubert würde.

Montag abend 7 Uhr Betriebsrat-Konferenz in den Oberkurs-Sälen.

3. Bildungsabend

zum Gedächtnis an den 150. Geburtstag Beethovens.

Dienstag, den 14. Dezember 1920, abends 7 1/2 Uhr, findet im Sanssouci, Mohlgasse 11, der 3. Bildungsabend statt. Das Programm ist folgendes: Beethoven (dem 150. Geburtstag Lubro. Jo. Beethovens, geb. am 16. Dezember 1770) von Romain Rolland. 1. Sonate für 2 Violinen und Klavier von J. S. Bach. 2. Was um den verlorenen Groschen, ausgelesen in einem Rasch capriccio, op. 129, für Klavier von Ludwig v. Beethoven. 3. a) Menuett (gehört v. Beetha) von Ludwig v. Beethoven. b) Götterfunken von W. Wehla für Flöte und Klavier. 4. Largo aus dem D-moll-Konzert für 2 Violinen u. Klavier von J. S. Bach.

Achtung!

Ferry Gängel und Willi Selbiger, auch Schrezenberger genannt sind von uns aus der Organisation ausgeschlossen und ist ihnen das Betreten der Parteilokalitäten verboten worden. Wir ersuchen unsere hiesigen und auswärtigen Mitglieder, den genannten Personen keinerlei Unterstützung mehr zuteil werden zu lassen.

Lebensmittelverteilung.

- a) vom 16. bis 21. Dezember:
1. Schmalz auf Lebensmittelmarken Z 18.
 2. Biskuit-Bröten auf Lebensmittelmarken Z 14.
 3. Amerikanischer Speck auf Lebensmittelmarken Z 16.
 4. Speck auf Lebensmittelmarken 222 weiß.

Achtung!

5. Mühlenzweigen auf Lebensmittelmarken 222 blau.
 6. Weisser Zwiebel auf Lebensmittelmarken 222 rot, in den Kantinen verlaufstellen.
 7. Feigwaren auf Lebensmittelmarken 249 braun
 8. Butter auf Lebensmittelmarken Z 6.
 9. Amerikanischer Weizenmehl auf Lebensmittelmarken Z 16.
- Im übrigen wird auf die Bekanntmachung an den Anschlagtafeln verwiesen.

Verantwortlich für innere Politik, Märsche, Partei, Wirtschaft, Festlichkeiten, Provinzialwesen und Lokales: Dagobert Lubinski; für äußere Politik (Internationales): Erich Kuntz; für Inzerate: Felix Ulbrich. Druck: Buchdruckerei Hüffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Grosser Weihnachtsverkauf in Schuhwaren!

- Kinderstiefel Grösse 27/30 Paar von 56.— an
- Kinderstiefel Grösse 31/35 Paar von 68.— an
- Burschenstiefel Grösse 36/39 Paar von 95.— an
- Herrenstiefel in den neuesten Formen Paar von 118.— an
- Damenstiefel in reicher Auswahl Paar von 95.— an
- Chice Damenhalschuhe Paar von 85.— an
- Damen-Spangenschuhe schwarz u. farbig Paar von 98.— an
- Filz- und Hausschuhe in jeder Preislage!

Sämtliche Artikel

in prima

Leder-Ausführung

!! Beachten Sie meine Schaufenster !!

Neue Jaschenstr. 25b Reuschestrasse 63 **Salo Tichauer & Co.** Friedr.-Wilh.-Str. 12 am Wachtplatz

Leistungsfähigste Schuhwarenhäuser.

Ausstellungsfenster: Schweidnitzer Stadtgraben (früher Kaufhaus Schneider) und im Vestibül des Ufa-Theaters.

Stadttheater.
Ganztags 7 Uhr:
Hanon.

Oper-Theater.
Ganztags 8 1/2 Uhr:
Strawinsky.
Ganztags 7 1/2 Uhr:
Schöf Wetterstein.

Chalk-Theater.
Ganztags 8 1/2 Uhr:
Kalkäppchen.
Ganztags 7 1/2 Uhr:
Jugend.

Schauspielhaus.
Dramatische, 21. u. 25.45
Ganztags nachm. 8 1/2 Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Abends 7 1/2 Uhr:
Gefühl Ditts Stern
vom Schiller Theater
Der letzte Kaiser.

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
1. bis 8. Dezember
Große Kadetten
30000 Mk.-Preis
Ritt, Lorenz,
Thomas,
Lewanow,
Banke, Münzer,
Meyer, Hubert
u. a.
Ferner:
5 Carras 5
Wiederholungen
Der Hühner mit dem
gelben Haar
Das Weibchen
Richard Frickler
Liedlein
Dada-Truppe
Eigene Programm
mit der großen
Wahlprogramm.

Weihnachtsangebot!

Ganz besonders vorteilhaft

Pelzwaren

als Geschenke

Pelzmodehaus zum Pfau

Richard Welzel
Schmiedebrücke 55. Tel. Ring 5359.

Aussergewöhnlich billiges Angebot:
Kessenauswahl infolge Ankaufs gewaltiger Posten

Damen- u. Kinder-Konfektion

zu bedeutend herabgesetzten Preisen:

- Damen- Winter- Mäntel 68, 95, 125
- Flausch-Mäntel 145, 195, 275
- Kostüm-Röcke 38, 48, 65
- Mädch.-Mäntel 45, 85, 125

Damenkleider in
Voile, Wolle, Seide 85, 195, 275

Leuchtag
Friedrich-Wilhelms-Str.
Ecke Schwandauer-Str.
Grösst. Spezialhaus f. Damen-
und Kinder-Konfektion der
Nikolaiviertel

Möbel
Inkl. Stühle
u. Bücherein-
richtung,
einzel. Schränke, Herdplatt,
engl. Bettst. mit Matratz,
Wahlmöbel, Sessel u. Umb.
Sesselsessel, Kuchentisch,
Südküchenschrank, usw.
Kinderbratpfannen.
Billige Lagerpreise. Ausg.
Zeitigung.

BUCHMANN
H. Klose, 2. Etage, Ringstr.

Gummi-waren
Schwämme, Kautschuk,
Espanischer, Kautschuk,
Fasernstoffe
H. Klose,
Breslau I, Kiltelstr. 73
3. Haus vom Ring.

Praktische Weihnachts-Geschenke

Glas, Porzellan, Kristall,
Haus- und Wirtschafts-Artikeln

empfehlen in sehr grosser Auswahl zu mässigen Preisen

J. Silberberg, Reuschestr. 16/17
Ecke Neuweltgasse.

Mein Grundprinzip ist: bei billigsten Preisen streng
realität und beste Bedienung.

Beachten Sie bitte meine 5 grossen Schaufenster-Auslagen
und 9 Schaukästen.
Telephon Ring 11593.

Parteilokalitäten der P. R. P. D.

Montag, den 13. Dezember, abends 7 Uhr,
in den „Kühnstr.“ (früher „Eisenstr.“), Friedrich-
Wühlstrasse 32:

Betriebsrat und Komitee der 3. Internationale.
Parteilokalitäten sind als Kulisse.

Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 Uhr,
Arbeiterbildungsabend
in Saal „Sankt“, Mohlgasse 11.

Mittwoch, den 15. Dezember, abends 6 Uhr,
Aktionen-Ausführung: Sitzung
in Parteilokalitäten

Distriktsabende

- Dienstag, den 16. Dez., abends 7 1/2 Uhr:
- Distrikt 1, 2 Kienplatz 8,
 - „ 3, 13 Kienplatz 27, „Hof“ Schwalbenstr.
 - „ 4, Kienplatz 16
 - „ 5, Kienplatz 145
 - „ 6, Kienplatz 40
 - „ 7, Kienplatz 84
 - „ 12, Kienplatz Str. 2 Hof Kienplatz.
 - „ 14, Kienplatz 23
 - „ 15, Kienplatz 23, Kienplatz.

Freitag, den 17. Dezember
in den Kienplatz 23, Kienplatz.

in den Kienplatz 23, Kienplatz, über
Erklärung ab. Erklärung der Gewerkschaften.
Kienplatz Kienplatz 23, Kienplatz.

Große öffentliche Versammlung
in „Kienplatz“, Kienplatz, über
Erklärung ab. Erklärung der Gewerkschaften.
Kienplatz Kienplatz 23, Kienplatz.

Der Aktionsausführung der P. R. P. D.
Kienplatz Kienplatz 23, Kienplatz.

Neu übernommen!!

Julius Jarecki vorm. Salomon
Nikolaistr. 18/19.

zu gros Kurz-, Weiss-, Wollwaren an detail

Beachten Sie bei Ihrem Weihnachts-Ein-
kauf die äusserst billigen Preise meiner
3 Schaufensterauslagen in:

Herren-, Damen-, Kinder-Artikel
Meine Spezialität:
Haubennetze 10/38, Stirnnetze 40/40.

Achtung!

Presse-Kommission
Montag, den 13. Dezember, abends 7 Uhr
Sitzung.
Alle Erscheinungen ist Pflicht. Der Obmann

Bitte notieren

Wenn Sie zu den
Leuten haben
**Wohl-
bedachtungs-
Gedanken-
Gänge — Giefel**
und gebildet
werden Sie 14 nur an
Max Hadamard
Brandenburgstr. 2. u. 3.

Frauen

Wenn Sie bei Störung d. P.
(Wahlrecht usw.)
Mittel nicht helfen, brau-
nen nicht vorzuzug-
nehmen, sie selbst Prä-
parat:

**Sorgen-
Pflaster**
Produkte mit vielen
schweren gegen M. L.
einwirkend. General-
H. Schiller, M. Schiller,
Kienplatz 40.

Stellungslager
In der Kienplatz,
Kienplatz Kienplatz 23, Kienplatz.